

„Der ESM ist so, wie er ist, nicht verantwortbar“

Peter Gauweiler sieht vor Spitzentreffen zum Euro-Rettungsschirm die Glaubwürdigkeit der CSU in Gefahr und appelliert an Seehofer

■ **Parteichef Seehofer versammelt die CSU-Führung am Montag zur Beratung über den ESM und die deutsche Euro-Haftung. Haben Sie wirklich die Option zum Veto oder geht es in Wirklichkeit nicht nur noch darum, die in Berlin bereits getroffene Entscheidung – den EFSF ein Jahr parallel zum ESM in Kraft zu halten – abzunicken?**

Die CSU auf ihrem Nürnberger Parteitag und die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat haben eine solche Parallelität unmissverständlich abgelehnt, weil sich damit die Haftungsrisiken für Deutschland faktisch vervielfachen. Es geht um Beträge in dreistelliger Euro-Milliardenhöhe, die sowohl die deutschen Steuereinnahmen eines ganzen Jahres wie auch die Höhe des Bundeshaushalts insgesamt überschreiten. Warum die CSU-Bundesminister diesem ESM schon vor der von Parteichef Seehofer vorgeschlagenen und für Montag einberufenen Beratung zugestimmt haben, ist mir unbegreiflich. Man kann auch so die Glaubwürdigkeit einer Partei ruinieren.

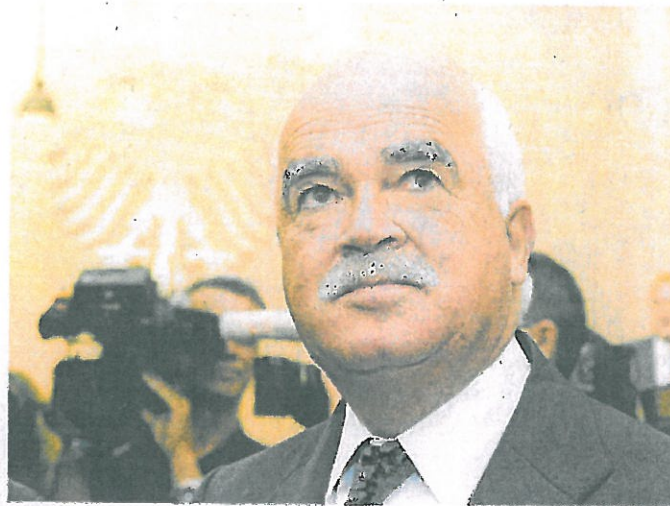
■ **Sie haben die rote Li-**

nie Ihres Parteichefs bereits als rote Wanderdüne verspottet. Kann die CSU sich selbst nicht mehr ernst nehmen?

Das Aperçu mit der Wanderdüne stammt von meinem Bundestagskollegen Thomas Silberhorn und war nicht als Spott gegen den Parteichef, sondern als Warnung vor einer Fehlentwicklung gedacht. Seehofer hat sich – im Gegensatz zu anderen – noch ein Gespür dafür bewahrt, was man den Menschen zumuten darf und was nicht. Er ist in seinem Amt täglich mit der bayerischen Bevölkerung in Kontakt wie kein anderer und weiß, was sie von der CSU wirklich erwartet.

■ **Gibt es für Sie persönlich eine rote Linie, wo Sie sagen würden, bis hierhin und nicht weiter?**

Meine persönliche rote Linie war bereits mit dem Vertrag von Lissabon überschritten, der demokratiewidrig und ein Angriff auf die staatliche Gewaltenteilung im Bund und in den deutschen Ländern war. Deshalb habe ich dagegen geklagt. Das Bundesverfassungsgericht hat in den Begleitgesetzen zu diesem Vertrag über 30 konkrete Verfas-



„Der ESM löst einen Haftungsmechanismus aus, der für Deutschland nicht mehr beherrschbar ist“: Peter Gauweiler

sungsverstöße festgestellt. Und um diesen EU-Vertrag insgesamt mit dem Grundgesetz verträglich zu machen, musste Karlsruhe „Lissabon“ eine Interpretation geben, die die Bundesregierung zuvor ausdrücklich ausgeschlossen hatte.

■ **Werden Sie gegen den ESM in Karlsruhe vor Gericht ziehen?**

So, wie der ESM angelegt ist, kann er nicht bleiben: Mit dem Vertrag wird ein auch in der Höhe nicht mehr verant-

wortbarer Haftungsautomatismus ausgelöst, der von Deutschland nicht mehr beherrscht werden kann. Wer das will, soll das sagen. Deutschland soll Zahlungen nicht nur entsprechend seinem Stammkapital (27 Prozent) in die Kasse des ESM leisten, sondern auch mit einem entsprechenden Anteil für Problemstaaten, die nicht zahlen wollen oder am Kapitalmarkt kein Geld mehr bekommen. Das deutsche Direktoriumsmitglied des ESM soll – anders als jeder deut-

sche Minister oder die Regierungschefs des Bundes und der Länder – über Milliardenbeträge aus Steuermitteln verfügen können, ohne dass dafür ein Parlament grünes Licht gegeben hat. Die Direktoriumsmitglieder der EZB sollen von niemandem auf Schadenersatz verklagt werden dürfen und strafrechtlich vollständig immun sein, selbst bei Betrugs- und Untreuetaten im Amt. Sie sind von der Steuer befreit. Warten wir ab, ob der Bundestag dies alles so durchgehen lässt, wie es die Mitglieder der Bundesregierung schon getan haben.

■ **Nehmen wir einmal kurz an, Sie wären in dieser Situation Bundeskanzler. Was würden Sie in der Euro-Frage tun?**

1. Den Lissabon-Vertrag ändern: Zahlungsunfähige Länder müssen aus dem Euro ausscheiden, sollen aber in der EU bleiben.
2. Die vom Bundestag bewilligte Griechenlandhilfe bis nach den Wahlen in Athen zurückstellen und dann gegebenenfalls als Ausstiegshilfe aus dem Euro für Griechenland umwidmen.
3. Keine 22 Milliarden Euro Direktzahlungen an den ESM

– diese Mittel wären eine gute Möglichkeit, den innerdeutschen Solidarpakt II noch vor 2019 zu erfüllen, um so z.B. auch die geplagten Städte des Ruhrgebiets, die für ihre verwaehrlosten Fußgängerzonen, stillgelegten Schwimmbäder und verrotteten Schulgebäude kein Geld mehr bekommen, zu entlasten.

4. Die deutschen Goldreserven, die unter fragwürdigen und vom Rechnungshof beanstandeten Umständen in die USA ausgelagert sind, endlich in gesetzeskonformer Weise unter die Aufsicht der Bundesbank zu verbringen.

5. Die Vertragsgrundlagen des europäischen Systems der Zentralbanken so ändern, dass vom EZB-Rat die fiskalischen Hilfsmaßnahmen, die er mit dem Target-System organisiert hat und die Deutschland im Fall des Auseinanderbrechens des Euro-Systems mit dreistelligen Milliardenbeträgen belasten, in die Hände der nationalen Parlamente zurückgegeben werden müssen. Diese Hilfsmaßnahmen haben mit der eigentlichen Währungs- und Geldpolitik als Aufgabe der Europäischen Zentralbank nichts zu tun.

Interview: Alexander Weber